

Datum: 03.03.16
 Telefon: 0 233-30784
 Telefax: 0 233-20827

Personal- und
 Organisationsreferat
 Organisation
 POR-P 3.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage für den Kulturausschuss am 06.04.2016,
 Städtische Galerie im Lenbachhaus und Kunstbau; Personalausstattung ab 2016
 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20/ V)

An die Städtische Galerie im Lenbachhaus

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt **vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung** der künftig in diesem Zusammenhang geltend gemachten Stellenkapazitäten der Beschlussvorlage zu.

Der o. g. Beschlussentwurf wurde dem Personal- und Organisationsreferat am 25.02.2016 per E-Mail mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt. In der Vorlage werden vom Kulturreferat – Städtische Galerie im Lenbachhaus folgende **Stellenbedarfe** geltend gemacht:

- 1,0 VZÄ in EGr. 8 (JMB EGr. 8: 55.680 €) SB Besucherservice im Museum
- 0,5 VZÄ in EGr. 13 (JMB EGr. 13: 43.960 €) wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in
- 0,5 VZÄ in EGr. 10 (JMB EGr. 10: 37.335 €) Restaurator/in

Zu den einzelnen Stellenbedarfen wird seitens des Personal- und Organisationsreferates **vorbehaltlich der Festlegungen zu den Haushaltsausweitungen durch die Stadtkämmerei** wie folgt Stellung genommen:

1. Mehrbedarf 1,0 VZÄ SB Besucherservice im Museum

Mit der Wiedereröffnung des Lenbachhauses wurde für die Koordination und federführende Bearbeitung der Angelegenheiten des Besucherbüros sowie der Betreuung von Sonderveranstaltungen eine befristete Vollzeitstelle (V417342/ EGr. 8) geschaffen. Zu den anfallenden Aufgabenbereich gehören die Beantwortung sämtlicher museumsbezogener externer Anfragen (Öffnungszeiten, aktuelle Ausstellungen etc.), die Vermittlung von Museumsführungen und die Betreuung von Sonderveranstaltungen. Die steigenden Besucherzahlen

- Besucherzahlen 2009: ca. 251.000 Besucher/innen
- Besucherzahlen 2013: ca. 373.000 Besucher/innen
- Besucherzahlen 2014: ca. 326.000 Besucher/innen
- Besucherzahlen 2015: ca. 400.000 Besucher/innen (Steigerung um 60 % gegenüber 2009)

verbunden mit einer Intensivierung der Vermittlungsarbeit und damit auch mit einer Ausweitung des Vermittlungsangebotes (2011: 764 → 2013: 3000 Führungen und Vermittlungsangebote) führen aus Sicht der Städtischen Galerie im Lenbachhaus zu einer deutlichen Erhöhung des Arbeitsanfalls im Bereich Besucherservice.

Der durch die Städtische Galerie im Lenbachhaus geltend gemachte dauerhafte Stellenmehrbedarf i. H. v. **1,0 VZÄ** wird seitens des Personal- und Organisationsreferates **anerkannt**, da aufgrund der o. g. Besucherzahlen ein dauerhafter Personalmehrbedarf **plausibel und nachvollziehbar** ist.

2. Mehrbedarf 0,5 VZÄ wissenschaftlicher Mitarbeiter/ wissenschaftliche Mitarbeiterin befristet auf fünf Jahre

Die Provenienzforschung zeichnet sich durch die Komplexität der Geschichte, die starke wissenschaftliche Prägung, die Verantwortung, die Komplexität und Vielschichtigkeit der Aufgabe aus, was auch anfangs bundesweit bei der Aufgabenstellung unterschätzt wurde. Es ist nun Aufgabe der Museen diese Problematik (Komplexität der Geschichte, schwierige Klärungssituationen zur Herkunft (Kauf, Schenkung, Übereignung, etc.), die mit aufwändigen Recherchearbeiten verbunden sind, im Sinne des Washingtoner Abkommens zu lösen. Aufgrund der begrenzten Personalkapazitäten kann jedoch vorrangig nur auf entsprechende Anfragen und Restitutionsforderungen reagiert werden. Um die Aufgabe NS-verfolgungsbedingt entzogene Kunstwerke selbst aktiv zu identifizieren und an die rechtmäßigen Besitzer zu restituieren ist aus Sicht der Städtischen Galerie im Lenbachhaus eine Kapazitätsausweitung i.H.v. 0,5 VZÄ befristet für fünf Jahre erforderlich.

Bereits bei der Stelle für Provenienzforschung in dem Münchner Stadtmuseum wurde die besondere Bedeutung dieses Themas auch für die Landeshauptstadt München und seine Museen deutlich. So wurde die Provenienzforschung durch drei Stadtratsbeschlüsse (21.10.1999, 25.01.2001, 08.12.2005) geregelt, wonach auch die Landeshauptstadt München die Recherche nach jüdischen Kunstbesitz in den städtischen Museen unterstützt.

Aufgrund der ausführlichen inhaltlichen Ausführungen erscheint die Notwendigkeit der Stellenzuschaltungen aus Sicht des Personal- und Organisationsreferates dem Grunde nach nachvollziehbar.

3. Mehrbedarf 0,5 VZÄ Restaurator/in

Seit der Wiedereröffnung der Städt. Galerie im Lenbachhaus im Jahre 2013 haben sich aufgrund des hohen Besucheraufkommens und des Interesses der Öffentlichkeit an den Aktivitäten des Hauses neue, strukturelle Veränderungen eingestellt, auf die mit den momentanen personellen Ressourcen im Fachbereich Restaurierung aus Sicht der Städt. Galerie im Lenbachhaus nicht im ausreichenden Maße reagiert werden kann. Der Ausbau der Ausstellungsfläche und das erhöhte Besucheraufkommen führen daraus resultierend zu einer erhöhten Anzahl zu reinigender Kunstobjekte. Eine weitere Arbeitsmehrung ergibt sich aus den steigenden Qualitätsstandards bei den Betreuungsanforderungen von Leihgaben und durch die Erhöhung des Sammlungsbestands („Joseph-Beuys; Schenkung Lothar Schirmer) sowie der Wahrnehmung neuer Aufgabenfelder (fotografische Betreuung des Sammlungsbestands).

Aus Sicht des Personal- und Organisationsreferates wird der geltend gemachte Stellenbedarf dem Grunde nach anerkannt.

Eine detaillierte Stellenbemessung nach dem Leitfaden zur Stellenbemessung liegt dem Personal- und Organisationsreferat nicht vor (Nrn. 2 – 3).

Im Kulturbereich ist eine Stellenbemessung nach dem Leitfaden für Stellenbemessung nur sehr schwer bzw. nur bedingt möglich. Es handelt sich hier nicht um Bereiche bzw. Sachver-

halte, bei denen anhand von Fallzahlen oder Mengengerüsten die Kapazitätsausweitung klar definiert und begründet werden kann. Vielmehr sind hier vielschichtige, komplexe und konzeptionelle bzw. betreuungsintensive Aufgaben mit zahlreichen Schnittstellenproblematiken und hohem Koordinations- und Abstimmungsaufwand angesprochen.

In dem hier vorliegenden Beschluss handelt es sich überwiegend um eine Steigerung des Aufgabenanfalls oder der Anzahl der Veranstaltungen bzw. neue Aufgaben nach Wiedereröffnung der Städtischen Galerie im Lenbachhaus.

Die im Beschluss geforderten Stellenzuschaltungen erscheinen daher dem Grunde nach zur ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung und vor allem mit Blick auf andere kulturelle Institute, wie z. B. das Jüdische Museum, das Münchner Stadtmuseum oder das NS-Dokumentationszentrum aus Sicht des Personal- und Organisationsreferates plausibel und nachvollziehbar.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass eine abschließende Prüfung der Stellenbewertungen durch das Personal- und Organisationsreferat erst nach Vorliegen aktueller Arbeitsplatzbeschreibungen möglich ist und deshalb Aussagen in der Beschlussvorlage hinsichtlich Bewertungen der einzelnen Positionen unter Vorbehalt stehen.

Es handelt sich um **freiwillige Leistungen** der Landeshauptstadt München.

Ferner bitten wir den Vortrag wie folgt zu ergänzen:

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung. Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.

Die Stadtkämmerei, das Direktorium und das Kulturreferat-GL erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.



Dr. Böhle

07.03.2016
Telefon 233 - 92675
Telefax 233 - 25911

Städtische Galerie im Lenbachhaus Luisenstr. 33		Stadtkämmerei II/12 Haushalt
15. März 2016		

Städtische Galerie im Lenbachhaus und Kunstbau,
Personalausstattung ab 2016

Beschlussvorlage für den Kulturausschuss vom 06.04.2016 (VB)

R	EA	VvA
Kulturreferat		
14. März 2016		
GL	1	
T:	1	
	1	2
	Doku	
	3	4

An das Kulturreferat - SGL

Die Stadtkämmerei nimmt zur o.a. Beschlussvorlage wie folgt Stellung:

Die geforderte Ausweitung der Stellenkapazitäten wurde vom Personal- und Organisationsreferat dem Grunde nach befürwortet.

Die Vollversammlung des Stadtrates hat am 27.01.2016 eine Entscheidung zum künftigen Verfahren für unterjährige Beschlussfassungen zu Budgetausweitungen getroffen. Nach den Vorberatungen in den Fachausschüssen erfolgt in der Vollversammlung lediglich ein Empfehlungsbeschluss. Alle Empfehlungsbeschlüsse werden dann im Juli-Plenum nochmals insgesamt unter Abwägung der finanziellen Auswirkungen beraten und erst dann endgültig beschlossen. Die Umsetzung erfolgt im Nachtrag 2016. Ausnahmen sollen nur im besonders gelagerten Einzelfall und nur dann zulässig sein, wenn nachweisbar unvorhergesehene Ereignisse und Entwicklungen ein sofortiges Handeln notwendig machen, d.h. die jeweilige Haushaltsentscheidung zur Finanzierung keinen Aufschub duldet.

Die Stadtkämmerei empfiehlt dem Stadtrat eine äußerst kritische Prüfung, ob der seitens der Fachreferate geforderte Mehrbedarf bereits jetzt in vollem Umfang notwendig ist und inwieweit über die endgültige Finanzierung im Rahmen des Juli-Plenums entschieden werden kann. Zu diesem Zeitpunkt liegt dann auch eine Gesamteinschätzung der Auswirkungen auf den Haushalt für alle bis dahin getroffenen Stadtratsentscheidungen vor.

Es wird gebeten, im Antrag des Referenten den Produktbezug zu ergänzen, die Kostentransparenztabelle an die neuen Vorgaben anzupassen sowie diese Stellungnahme in die Beschlussvorlage einzuarbeiten.

